

## Zur Spitex (8. September 2010):

«[...] Wir alle werden älter; das Durchschnittsalter der Schweizer Bevölkerung steigt laufend. Vielleicht werden wir eines Tages schwer krank oder Opfer eines Unfalls und dadurch pflegebedürftig. Dann wird sich auch uns die Frage stellen, von wem und wo wir gepflegt werden – zu Hause oder im Pflegeheim, ambulant oder stationär. Ich will die Leistung des Pflegepersonals in Pflegeheimen in keiner Art und Weise schmälern. Es leistet hervorragende Arbeit. Aber die Pflege zu Hause bedeutet für viele Menschen mehr Lebensqualität und vor allem auch weniger Kosten für die öffentliche Hand. Heute haben wir ein bewährtes, funktionierendes, verstecktes Pflegesystem. Die Mehrzahl der Betagten und Pflegebedürftigen wird von Angehörigen zu Hause gepflegt. Im Kanton Bern entspricht dies volkswirtschaftlichen Leistungen von rund 1,5 Mrd. Franken. Zu Recht bekannten wir uns deshalb in der Altersstrategie zum Grundsatz «ambulant vor stationär». Dagegen verstösst aber der geplante Patientenbeitrag klar. Vor einem Jahr war auch der Regierungsrat noch dieser Meinung, war doch in der Medienmitteilung vom 31. August 2009 für Spitex-Patienten noch keine Kostenbeteiligung vorgesehen. Die Begründung lautete: «Eine solche würde dem alterspolitischen Grundsatz, wonach ambulante Leistungen gegenüber den stationären Leistungen zu fördern sind, widersprechen.» Heute ist der Regierungsrat plötzlich anderer Meinung. Seine Kehrtwende ist widersprüchlich und nicht nachvollziehbar. Zu den finanziellen Folgen dieses Patientenbeitrags: Der Regierungsrat erhofft sich aus dem Patientenbeitrag an Spitex- Leistungen Einsparungen von 15 Mio. Franken. Das ist gut gemeint. Ich bin nicht gegen das Sparen, im Gegenteil. Kostet jedoch etwas letztlich mehr als es einbringt, ist das nicht gespart, sondern ein finanzieller Bumerang. Die Einführung des Spitex-Patientenbeitrags kostet den Kanton unter dem Strich mehr als er einbringt, weil er zu mehr und verfrühten Heimeintritten führt und viele Patienten auf die Spitex-Dienstleistungen verzichten werden. Dies wiederum hat mehr notfallmässige Spitaleintritte, längere Spitalaufenthalte, längere Rehabilitationen und mehr Verwahrlosung zur Folge. Unbestritten ist die stationäre Pflege deutlich teurer als die ambulante. Dass es zu verfrühten Heimeintritten führen wird, will der Regierungsrat nicht glauben. Dieser Irrglaube wird aber widerlegt durch zwei aktuelle Studien, unter anderem der Fachhochschule Bern, und durch eine Doktoratsarbeit an der Universität Bern über pflegende Angehörige. Sie gelangen zum Schluss, der Patientenbeitrag sei nichts anderes als eine Lenkungsabgabe für mehr Heimeintritte. In drei Vierteln der Fälle ist nämlich die Belastung der pflegenden Angehörigen dank der Hilfe der Spitex gering bis mittel. Im restlichen Viertel, nämlich bei 6000 Pflegefällen im Kanton Bern, ist die Pflegesituation höchst problematisch. Pflegenden Angehörigen, meistens Partnerinnen oder Partner, sind trotz der Unterstützung der Spitex völlig am Anschlag und an der Grenze der Belastbarkeit. Sie müssen 24 Stunden am Tag abrufbereit sein und leisten einen Einsatz von bis zu 70 Stunden wöchentlich in der Pflege ihrer Angehörigen. Es braucht also nur noch kleine Auslöser, nur noch einen Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, wie eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der pflegebedürftigen Person, eigene Beschwerden, weniger Unterstützung von aussen oder eben zusätzliche finanzielle Belastung. Als Folge davon kann die Pflegearbeit nicht mehr aufrechterhalten werden, und ein verfrühter Heimeintritt drängt sich auf. Wenn nur 10 % dieses Viertels – das ist eine defensive Annahme – «dr Bättu häregheie» und die Pflegearbeit aufgeben, führt das zu 600 neuen Heimeintritten. Pro Jahr generiert dies volkswirtschaftliche Kosten von 18 Mio. Franken; und das wiederkehrend! Diese Zahl ist durch die genannten Studien wissenschaftlich erhärtet. Die öffentliche Hand zahlt schliesslich viel mehr, und das Loch im Portemonnaie des Kantons Bern wird grösser. Wen trifft der Spitex-Patientenbeitrag? Der Regierungsrat ist der Meinung, er treffe Personen, die über ausreichende oder sogar mehr als ausreichende eigene Mittel verfügen, um den Kostenbeitrag zu tragen. Diese Behauptung trifft nicht zu. Er trifft sehr viele, die knapp über der Schwelle der Ergänzungsleistungen leben, Menschen wie Ueli Bütikofer aus Ersigen, Jahrgang 1948, Maurer und Polier. Im Alter von 36 Jahren eröffnete man ihm die medizinische Diagnose multiple Sklerose, mit 46 ging er an Krücken und war mit 56 auf den Rollstuhl angewiesen. Was er mit 66 Jahren noch wird machen können, konnte er mir nicht sagen. Jedenfalls kann er heute seine Arme und Hände nicht mehr bewegen. Weil er sein ganzes Leben lang hart arbeitete, hat er heute keinen Anspruch auf Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe. Seine Frau betreut und pflegt ihn viermal täglich mit Hilfe der Spitex. Für ihn gibt es nichts Schöneres, als sich zu Hause pflegen lassen zu können. Ueli Bütikofer ist kein Einzelfall. Es trifft Leute, die lebenslang hart arbeiteten und sparten. Sie werden jetzt bestraft. Damit würden wir ein falsches Signal senden. Der Spitex-Patientenbeitrag bläht die Verwaltung auf. Nicht nur für die Spitex-Organisationen, die die Rechnungen stellen müssen, entsteht mehr Administrativaufwand, sondern vor allem für die kantonale Ausgleichskasse. Mindestens 15 Stellen müssten neu geschaffen werden. Fazit: Wir müssen unterstützen, dass unser bewährtes Alterspflegesystem aufrechterhalten werden kann. Unsere Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass weiterhin Angehörige die Pflege und Unterstützung ihrer Familienmitglieder zusammen mit den ambulanten Diensten übernehmen. Die Politik tut gut daran, richtige Anreize zu schaffen, damit Angehörige weiterhin mit Hilfe der Spitex Familienmitglieder zu Hause pflegen können. Aus finanzpolitischen Gründen und im Sinn des Grundsatzes «ambulant vor stationär» bitte ich Sie, den beiden Spitex-Motionen zuzustimmen.»